



Antrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

80 Jahre Befreiung von Auschwitz: Holocaust-Wissen und -Bewusstsein stärken und Maßnahmen im Bildungsbereich ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der Ergebnisse der Studie („*Eight-Country Index of Holocaust Knowledge and Awareness*“)¹ der Jewish Claims Conference bittet der Landtag die Landesregierung, den eingeschlagenen Weg zur Stärkung historisch-politischer Bildung fortzusetzen.

Der Landtag bekräftigt in diesem Zusammenhang die vergangenen Beschlüsse, insbesondere den Antrag „*10-Punkte-Plan für jüdisches Leben - Bildungsoffensive gegen Antisemitismus in Schleswig-Holstein*“ (Drucksache 20/1617). Dieser Beschluss sieht vielfältige Maßnahmen vor, um die Erinnerung an den Holocaust, aber auch das Wissen über die Geschichte des Staates Israel und den Nahostkonflikt sowie heutiges jüdisches Leben und die jüdische Kultur zu stärken.

Ergänzend zu den beschlossenen Maßnahmen bittet der Landtag die Landesregierung:

- die derzeitigen Fachanforderungen und deren Umsetzung mit Blick auf die Ergebnisse der Studie zu überprüfen.
- ein Konzept vorzulegen, wie insbesondere die historisch-politische Bildung an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen gestärkt werden kann. Im Konzept sollen insbesondere Best-Practice-Beispiele hervorgehoben

¹ Quelle: The First-Ever 8-Country Holocaust Knowledge And Awareness Index Shows Growing Gap In Knowledge About The Holocaust, Especially In Young Adults - Claims Conference

werden, wobei neben dem Unterricht auch außerunterrichtliche und außerschulische Angebote, insbesondere Gedenkstätten, berücksichtigt werden sollen. Dabei soll auch der Orientierungsrahmen zur Demokratiebildung in die Überlegungen einbezogen werden.

- die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Lehrkräfte soll in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und dem IQSH über Antisemitismus weiterentwickelt werden. Ziel ist es, Formate für die historisch-politische Bildung zu konzipieren, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch die Erinnerungskultur in einer von Migration geprägten Welt stärken. Die Lehrkräftefortbildung mit der Gedenkstätte Yad Vashem und angehenden Lehrkräften soll wieder aufgenommen und weiterentwickelt werden, auch im Kontext der KMK.

Begründung:

Zum 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz hat die Jewish Claims Conference eine ländervergleichende Studie veröffentlicht. Die Studie vergleicht acht Länder zum Wissensstand der Bevölkerung zum Themenkomplex Holocaust. Ein Ergebnis ist, dass etwa 40 Prozent der befragten deutschen Jugendlichen nicht gewusst haben, dass etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden.

Das Ergebnis ist besorgniserregend. In den vergangenen Jahren wurde durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen die historisch-politische Bildung zum Holocaust gestärkt, so z.B. hat sich die Zahl der Gedenkstättenfahrten von 2022 bis 2024 verdoppelt und das Thema wird in allen Schularten bis zur 9. Klassenstufe unterrichtet. Es bleibt eine offene Frage, warum die ergriffenen Maßnahmen nicht zu den gewünschten Effekten führen.

Neben der Forschung zu Gedenk- und Erinnerungskultur ist insbesondere die Bildungspolitik gefordert, hier anzusetzen. Dabei müssen neben den allgemeinbildenden auch die berufsbildenden Schulen in den Blick genommen werden. Die Inhalte historisch-politischer Bildung müssen in allen Bildungsgängen verstärkt Berücksichtigung finden. In den berufsbildenden Schulen besteht hierbei die Chance, auch diejenigen Menschen noch zu erreichen, die aufgrund eines Fluchthintergrundes erst spät in das deutsche Schulsystem eingemündet sind.